

Redebuch

2024



Initiative Bremer Montagsdemo: Redebuch. Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017 –
2018 – 2019 – 2020 – 2021 – 2022 – 2023 – 2024

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

2024

Grundsätze

Januar: 757.

Februar: 758.

März: 759.

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern

der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

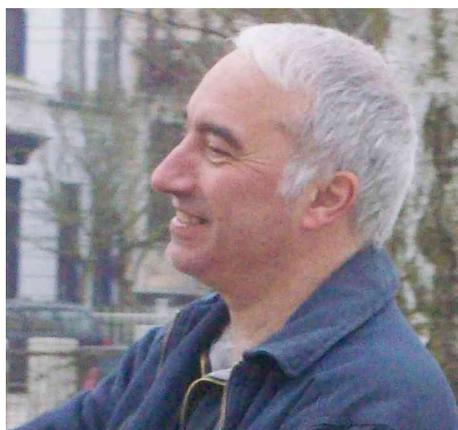
Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

757. Bremer Montagsdemo

am 08. 01. 2024

Hochwasserlage in vielen Bundesländern immer noch bedrohlich



Zu Beginn der zweiten Januarwoche ist die Hochwasserlage in vielen Bundesländern immer noch bedrohlich – Deiche weichen auf und drohen zu brechen. Große Teile Borgfelds und Lilienthals sind überschwemmt. Ein Ende der Wassermassen ist noch nicht in Sicht. Unsere Gedanken sind bei allen betroffenen Menschen und den vielen selbstlosen Helferinnen und Helfern.

Die Situation war vorhersehbar: Sieht man sich allein die Niederschlagsmengen in Niedersachsen im Jahresvergleich an, so verdreifachte sich die Menge schon seit Oktober 2023. Nach der Ahrtal-Katastrophe 2021 versprach die Regierung, den Hochwasserschutz zu verstärken. Besonders wollten sie die Extremwetterforschung und Frühwarnungen intensivieren. Aber fast nichts ist passiert. Warum wurden die betroffenen Gemeinden nicht schon im November gewarnt und wurde mit der Verstärkung der Deiche begonnen? Ein weiterer Kritikpunkt: Die Flächenversiegelung in Deutschland steigt und steigt, nicht zuletzt aufgrund des Straßenbaus und der Verkehrspolitik für die Autokonzerne.

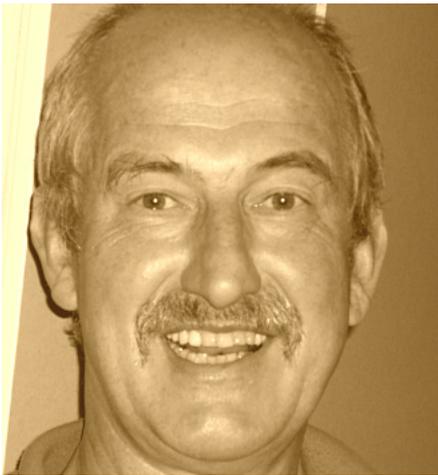
Dazu kommt, dass nach dem Sturm Zoltan über Deutschland eine Luftmassengrenze entstanden ist, die sich hartnäckig hält. Das hängt mit der begonnenen globalen Umweltkatastrophe zusammen. Wetterfronten halten sich deutlich länger aufgrund der schon vorhandenen Störungen der Jetwinde und der Meeresströmungen. Außerdem verlieren die Wälder in Deutschland ihre Wasserspeicherfunktion. Inzwischen besteht eine wiederaufzuforstende Waldfläche von 285.000 Hektar.

Diese kurze Analyse zeigt, dass wir einen gesellschaftsverändernden **Umweltkampf** brauchen mit einer Perspektive jenseits der kapitalistischen Profitwirtschaft. Jede(r) ist herausgefordert, sich aktiv für die Rettung der Menschheit einzusetzen. Um über Weg und Perspektive des Umweltkampfs breit zu diskutieren, findet am 20./21. April 2024 eine **Strategiekonferenz in Berlin** statt. Alle sind ein-

geladen, mitzufahren und sich an der **Vorbereitung** zu beteiligen: Das nächste Treffen findet statt am **28. Januar 2024** um **15 Uhr** im Gemeindezentrum **Zion**, Kornstraße 31.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Vorsicht vor falschen Freunden!



Allen ein frohes, gesundes und kämpferisches Neues Jahr! – Allein bei den Bauernprotesten haben am Tag unserer Montagsdemo Zehntausende Bauern mit Demonstrationen und Blockaden gegen die Kürzungen bei Agrardiesel und Streichung der Steuerfreiheit für landwirtschaftliche Fahrzeuge protestiert. In Bremen haben über 2.000 Trecker die Autobahn A1 und ihre Auffahrten blockiert. Und sie haben Recht! Die Streichungen, auch wenn man jetzt die Besteuerungspläne auf drei Jahre strecken will, werden zu weiterem Höfesterben führen – und in der

Konsequenz zu noch mehr Großagrarindustrie und höheren Verbraucherpreisen.

Die Monopole, die Rüstungsindustrie bekommen Riesen-Subventionen. Über zwölf Milliarden Euro betrugen die Rüstungsexporte letztes Jahr. Saudi-Arabien bekommt Eurofighter, um Krieg im Jemen zu führen – wobei sich wieder die „Grünen“ besonders hervortun. 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ werden für den Krieg in der Ukraine bereitgestellt, wobei beide Seiten, nicht nur Russland, auch Ukraine reaktionäre, faschistoide Regimes haben.

Die Scholz/Habeck/Lindner-Regierung will alle Lasten auf die breiten Massen abwälzen: auf die Arbeiter, auf die Erwerbslosen, auf Klein- und Mittelbauern. Das bisschen Anhebung vom Bürgergeld will sie streichen, Sanktionen verstärkt wieder einführen. Dazu die Hetze gegen Flüchtlinge. Aber Vorsicht vor falschen Freunden! CDU und AfD fordern Neuwahlen und spielen sich als Interessenvertreter der Bauern auf. Eine Kampagne von „Bild“-Zeitung, AfD, CDU, „Querdenken“ und anderen Ultrarechten will, dass eine noch offener reaktionäre Regierung drankommt. Doch im Bundestags-Rechnungsprüfungsausschuss hat die AfD für den Wegfall der Steuererleichterungen für die Bauern gestimmt!

Die AfD ist nicht nur Wegbereiterin des Faschismus, sondern auch der radikalen Abkehr von Umweltrettung und für die Umverteilung zugunsten der Konzerne. Statt Bürgergeld fordert sie Arbeitsdienst. Mit der CDU und erst recht der AfD kämen die Bauern vom Regen in die Traufe! Ein Zusammenschluss von unten tut Not, aber auf keinen Fall mit Rechten oder gar Faschisten! Protest ist links! Für einen gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der kleinen und mittleren Bau-

ern! Gegen die Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten! Kampf für die sozialen Errungenschaften und für Umweltschutz auf Kosten der Profite!

Für eine grundsätzliche Lösung steht der echte **Sozialismus**. Dafür findet am **Sonntag, dem 14. Januar 2024**, in **Berlin** die traditionelle **Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demo** statt. Das ist die größte Demonstration für den Sozialismus in ganz Europa. Wer mitfahren will, kann sich gern bei mir melden!

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Die „Ampel“ ist an allem schuld



Hier nun meine verspätete Halbzeitbilanz. Die „Ampel“ ist in die Ukraine einmarschiert, hat die Gaslieferungen eingestellt und „Nordstream“ gesprengt. Wegen der „Ampel“ ist unsere Bundeswehr nahezu verteidigungsunfähig. Die „Ampel“ ist schuld an den Teuerungen und der Inflation. Die „Ampel“ hat nicht *eine* Wohnung gebaut. Die „Ampel“ hat die Schuldenbremse 2009 in die Verfassung aufgenommen und ist somit schuld daran, dass Geld nicht mehr von einem Topf in den anderen wandern kann. Anhand der Buhrufe beim Besuch des Kanzlers in den Hochwassergebieten ist ersichtlich, dass die „Ampel“ auch schuld an der Überschwemmung hat.

Nun gut. Ich wünsche mir zwar auch eine bessere Regierung mit Leuten von Weltformat und besserer Kompetenz, jedoch sollten wir die Kirche im Dorf lassen. Wie ist Olaf Scholz eigentlich Kanzler geworden? Durch Nichtstun. Durch Patzer und Fettnäpfchen der Gegenkandidatin und des Gegenkandidaten. Anna-Lena hat geboerbockt. Laschet hat zur falschen Zeit am falschen Ort gelacht. Das kostete sie stimmen, und der laffe Olaf war am Start. Ich muss den „Ampelanern“ jedoch zugute halten, dass sie die hehren Sozial- und Klimaversprechen ihres Wahlkampfes, so gut es anhand der Stimmenverhältnisse und der Krisensituationen ging, wenigstens versucht haben einzuhalten.

Ohne die Mindestloohnerhöhung auf zwölf Euro und das höhere Wohngeld hätten viele Geringverdiener die Teuerungen nicht halbwegs auffangen oder gar aushalten können. Durch den Ausbau der LNG-Gaslieferungen konnten letzten Winter die Gasspeicher gefüllt werden. Das ist zwar klimatechnisch eine Katastrophe, da die Kohlendioxidbilanz des LNG-Gases höher ausfällt als die von Kohleverbrennung. Dafür hatten wir es im Winter schön warm. Damit wir es weiter-

hin schön warm haben, hätte Habeck in Katar dem Prinzen beinahe einen *B***j*b* verabreicht. Ein Eindruck, der sicherlich nicht zutrifft; jedoch hat der gute Robert den Diener nicht für sich gemacht, sondern für uns.

Die Preisbremsen für Strom und Gas waren handwerklich in der Ausführung eine Katastrophe und spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2023 nicht mehr nötig, da die Kilowattstundenpreise der meisten Anbieter auf den freien Märkten unter die Referenzwerte der Preisbremse gefallen waren. Auch wenn Annalena Baerbock als Außenministerin in Länder gereist ist, die Hunderttausende Kilometer entfernt sind, in der Mission, mit Kriegserklärungen Europa gemeinsam zu verenden, und das 560 Tage im Jahr, würde ich mir schon wünschen, in ihr eine Außenpolitikerin von Weltformat zu sehen. Dafür müsste sie sich jedoch um 180 Grad drehen und nicht um 360.

Hinzu kommt noch, dass ausgerechnet mit der Porsche-Partei sozialer Ausgleich und Klimaziele erreicht werden sollen. Mit dem Ausbau von Autobahnen und der Vernachlässigung der Schiene durch den Verkehrsminister? Ich will mir jedoch nicht ausmalen, wie dumm wir aus der Wäsche schauen würden, wäre Laschet Kanzler geworden, oder wenn Friedrich Merz Kanzler wäre. Ach, du meine Güte! Keine Mindestloohnerhöhung, kein Wohngeld, keine Preisbremsen. Keine Erhöhung von Sozialleistungen. Da will uns Merz die Freiheit erhalten, mit Gas zu heizen, ohne zu erklären, woher das Gas dafür herkommen soll. Sicherlich wird er persönlich hinabtauchen, um „Nordstream“ zu reparieren und anschließend auf russischer Seite den Gashahn aufdrehen.

Rückkehr zur Kernkraft? Woher will Merz das spaltbare Material hernehmen, dessen Ressourcen ja auch begrenzt sind? Die Quittung für die Rohstoffabhängigkeiten haben wir mit den Zockereien auf den Märkten ja bekommen. Sollen wirklich die alten Diskussionen um Risiken und Endlagerung wieder aufgenommen werden? Bisher hatten wir unverschämtes Glück, dass die GAUs nicht in unserer unmittelbaren Nachbarschaft passiert sind. Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima waren relativ weit entfernte Katastrophen. Nicht auszudenken, wenn ein GAU in unmittelbarer Nachbarschaft, beispielsweise in Frankreich passiert. Frankreich schaltet übrigens jeden Sommer reihenweise Atomkraftwerke ab, wegen der Niedrigstände der Flüsse, die die Meiler nicht hinreichend kühlen.

Jens Spahn kam kürzlich auf die Idee, die Möglichkeit zu schaffen, das Bürgergeld ganz zu streichen. Da er aber einsah, dass dies auf verfassungsrechtliche Hürden stößt, strebt er eine Grundgesetzänderung an. Zu einer Zweidrittelmehrheit kann der CDU/CSU dabei nur die AfD verhelfen. Ganz perfide mal wieder Markus Söder, der um die Weihnachtszeit an einer Spendengala für notleidende Kinder teilnahm, obwohl er seine eigene Tochter nicht wollte und Gegner der Kindergrundsicherung ist. Also nein. Eine Kanzlerschaft mit Friedrich Merz würde für uns alle als „Iden des Merz“ in die Geschichte eingehen.

Merz würde jetzt nicht bei den Landwirten Einschnitte vornehmen, sondern bei Rentnern, Schulen, Wohnungsbau, Mindestlohn, Wohngeld, und das Bürgergeld abschaffen, mit der AfD koalieren, um zur Ruhigstellung von Besitzstandsängsten

der Restmittelschicht Abschiebeorgien zu veranstalten und die Höchststeuersätze zu senken. Die Notwendigkeiten zur Transformation mit sozialem Ausgleich sind nun mal erwiesenermaßen gegeben. Friedrich Merz mit der AfD wäre der Letzte, der dieser Notwendigkeit nachkäme.

Der Weg zur Klimaneutralität ist auch der Weg, sich nach und nach von Rohstoffabhängigkeiten zu lösen. Es scheint dringend erforderlich, dass eine Regierung von Format und Kompetenz die Notwendigkeiten vermittelt, einen mehrheitlichen gesellschaftlichen Konsens zur Transformation zu schaffen, bevor dilettantische Gesetze übergebügelt werden. Außerdem sollte der Unsinn der Schuldenbremse aus der Verfassung verschwinden. Voraussichtlich wird Bremen im Jahre 2050 unter dem Meeresspiegel liegen, und ich möchte hier nicht unter Wahrung der Schuldenbremse absaufen.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Bremer Montagsdemo zum Gazakrieg



Lieber Gerolf, zunächst wünsche ich dir ein gutes und erfolgreiches neues Jahr! Vielen Dank für deinen kritischen Brief vom 12. November 2023. Leider hatten es die Verantwortlichen bis heute versäumt, ihn zu beantworten. Du wirfst aber wichtige Fragen auf, und zudem ist es ein Prinzip für uns, dass wir umgehend, spätestens binnen vier Wochen antworten. Wir werden das bei uns noch einmal kritisch diskutieren.

Ich stimme dir zu, wenn du dich gegen Faschisten in der israelischen Regierung, aber auch klar gegen die faschistische Hamas positionierst.

Ich stimme dir nicht zu, wenn du der Meinung bist, dass der Krieg Israels in Gaza ein gerechter Krieg, ein antifaschistischer Verteidigungskrieg ist. Dazu muss man den konkreten Charakter eines Krieges untersuchen und kann nicht über die Tatsache hinweggehen, dass Israel schon länger ein imperialistisches Land ist. Das zionistische, imperialistische Israel hält große Teile Palästinas völkerrechtswidrig besetzt. Es führt einen völkerrechtswidrigen Krieg in Gaza. Dabei wird zunehmend zum Völkermord übergegangen, mindestens 1,8 Millionen Menschen wurden vertrieben, über 20.000 getötet, davon der große Teil Zivilisten.

Israel hatte in der Vergangenheit mehrfach mit der faschistischen Hamas kooperiert. Die israelische Regierung hat keine Probleme in der Zusammenarbeit mit Faschisten, wenn das ihren zionistischen Zielen dient.

Das faschistische Massaker der Hamas am 7. Oktober war auch nicht die Ursache des israelischen Einfalls in Gaza, sondern der Anlass. Die zionistische Regierung in Israel verfolgt schon lange das Konzept eines Großisraels und will seine Vormachtstellung im Nahen Osten ausbauen. Darauf zielt die israelische Aggression ab.

Die israelische Regierung ist auch keine antifaschistische Regierung. Sie ist eine ultrareaktionäre, faschistoide Regierung, mit einem erheblichen Anteil an Faschisten. Gegenüber den Palästinensern greift diese Regierung auch zu faschistischen Maßnahmen, mit willkürlichen Festnahmen, weitgehender Rechtlosigkeit und meist straflosem Terror. Die Netanjahu-Regierung kämpft doch nicht ernsthaft für den Erhalt „des bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat“. Sie musste gerade vom Obersten Gericht Israels in die Schranken gewiesen werden. In Israel gab es doch breiteste Massenproteste mit antifaschistischen Losungen.

Stalin führte die sozialistische Sowjetunion im Kampf gegen den Hitler-Faschismus. Die Netanjahu-Regierung führt das imperialistische Israel in einen blutigen Krieg gegen die Palästinenser. Das sind zwei grundsätzlich unterschiedliche Dinge.

Wir vertreten auch keinen kleinbürgerlich-pazifistischen Standpunkt. So haben die israelischen Volksmassen natürlich das Recht, sich gegen einen faschistischen Überfall zu wehren, genauso wie die Palästinenser das Recht haben, bewaffnet um ihre Befreiung zu kämpfen. Ich bin deshalb auch dagegen, dass das Gewaltmonopol ausgerechnet beim zionistischen israelischen Staat liegen soll. Mit herzlichen Grüßen, dein Peter.

Zuschrift von Peter Weispfenning (Zentralkomitee der MLPD)

Mit der Verkürzung „Stalin führte die sozialistische Sowjetunion im Kampf gegen den Hitler-Faschismus; die Netanjahu-Regierung führt das imperialistische Israel in einen blutigen Krieg gegen die Palästinenser“ wird Netanjahu indirekt zu einem Angriffskrieger wie Hitler oder Putin erklärt. Das ist er aber nicht. Dem aktuellen Krieg unmittelbar vorausgegangen ist schließlich ein von der Führung eines staatsähnlichen Gebildes, des Gaza-Streifens, befohlener Terroranschlag auf israelisches Gebiet, der in seiner entsetzlichen Menschenfeindlichkeit als faschistisch bezeichnet werden muss, gefolgt von wochenlangem Raketenbeschuss aus Gaza. Netanjahu ist Anführer der Opferseite, die, wie du doch richtig andeutest, das Recht zur Selbstverteidigung hat.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)

Ich möchte mich hier ganz deutlich von Herrn Peter Weispenning's Beitrag auf dieser Seite distanzieren. In Frankfurt wurde eine Palästina-Aktivistin verhaftet wegen möglicherweise volksverhetzender Äußerungen, Verharmlosung, Leugnung des Genozids: „gelungene Widerstandsaktion, bewaffneter Widerstand“.

Der Judenhass verbirgt sich kodiert hinter einem Antizionismus, wobei der Zionismus in seinen Grundsätzen zunächst einmal schlicht die Errichtung und nunmehr Erhaltung eines oder des Judenstaates anstrebt. Wie das Leben nun mal ist und die Menschen nun mal sind, besteht der Zionismus aus vielerlei politischen und religiösen Strömungen, von links, links-liberal über konservativ, konservativ rechts bis faschistoid und fundamentalreligiös.

Die Ermordung von Babys, Kindern, Vergewaltigungen und Abschachtung von Zivilisten und Raketenangriffe, die zum Großteil im Gazastreifen einschlugen, kann doch nicht als „Befreiungskampf“ gewertet werden. Wo sieht Peter Weispenning im Judenhass der Hamas einen Befreiungskampf wie vergleichsweise auf Kuba oder im Spanischen Bürgerkrieg?

Zum historischen Hintergrund mögen hier Videos von Dr. Peter Buwen beitragen. Er ist promovierter Historiker und für „Die Linke“ im Stadtrat Saarbrücken und steckt als Historiker tief in der Materie Palästina-Israel. In Gaza lebten übrigens überwiegend Juden, die im Jahre 1929 durch Pogrome von der arabischen Bevölkerung vertrieben wurden.

Die Behauptung, dass „Israel in der Vergangenheit mehrfach mit der faschistischen Hamas kooperierte“, habe ich bis jetzt noch nicht recherchiert. Es wäre aber gut, Herrn Weispenning daran zu erinnern, dass Stalin durch den Hitler-Stalin-Pakt mit NS-Deutschland kooperiert hat und England sich während des Zweiten Weltkrieges lange Zeit allein gegen NS-Deutschland zur Wehr setzte, während der Hitler-Stalin-Pakt noch Bestand hatte.

Bei 1,2 Millionen Arabisch sprechenden Muslimen, die als Staatsbürger Israels leben, wäre eine „imperialistische“ Einverleibung der Westbank prinzipiell gar nicht so tragisch, zumal der ursprüngliche Plan während des britischen Protektorates diese Gebiete für Juden vorsah. Israel wäre dann immer noch ein Fliegenschiss auf der Landkarte und kein Imperium.

Auf Weltkarten würde der vollständige Landesname immer noch nicht passen, sondern nur „Isr.“ (frei nach Kishon). Dann könnten die „imperialistischen“ Geldflüsse aus USA und EU in die palästinensische Autonomie beendet werden.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

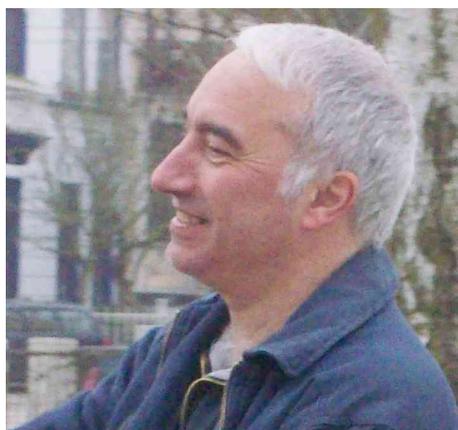
„Geheimplan gegen Deutschland“: Auch 50.000 Bremer(innen) demonstrieren gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus („Correctiv“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **5. Februar 2024** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

758. Bremer Montagsdemo

am 05. 02. 2024

AfD leugnet und beschleunigt globale Umweltkatastrophe



Faschisten der AfD sind nicht nur Feinde der Arbeiterbewegung und der Mehrheit der Bevölkerung, sie sind auch Feinde der Natur und der Umweltbewegung. Die AfD behauptet: „Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte Kohlendioxid-Emissionen“ (Bundestagsdrucksache 20/8417).

Natürlich gab und gibt es Schwankungen des Klimas, die sich über Millionen Jahre entwickelt haben. Aber die heutige Erwärmung der Erde geht eindeutig auf den Einfluss der kapitalistischen Produktionsweise zurück. Kohlendioxid ist ein Gas, das wie eine Käseglocke dafür sorgt, dass die Wärme durch die Sonneneinstrahlung nicht sofort wieder ins All abgestrahlt wird. Dieses Gas steigt stark an, weil das in fossilen Brennstoffen (Kohle, Erdöl, Erdgas) gebundene Kohlendioxid durch die Verbrennung freigesetzt wird. Deshalb nehmen Waldbrände und Dürren massiv zu, schmelzen die Polkappen, tauen die Permafrostböden unaufhaltsam auf und werden die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört.

Die AfD leugnet die Umweltkatastrophe und fordert die „Aufkündigung aller internationalen Klimavereinbarungen“. Warum wohl? Weil das – ohne Rücksicht auf Mensch und Natur – den Profit für die Kapitalisten sprunghaft erhöht. Die AfD vertritt besonders die Interessen der Kohle-, Öl- und Kernkraftkonzerne und bekämpft jeden ernsthaften Umweltschutz. Sie fordert den Ausbau der Atomkraft und der fossilen Energien. Die AfD beschimpft Umweltkämpfer als „Öko-Faschisten“, propagiert „Ein Herz für Diesel“ und verteidigt die Abgas-Verbrecher-Konzerne wie VW, Daimler oder Audi.

Deshalb muss der Umweltkampf auch Kampf gegen den Faschismus sein. Das Buch „Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen!“ ist das Gegenprogramm zu den wissenschaftsfeindlichen Leugnern der AfD – es ist ein sozia-

listisches Umweltbuch. Das Buch ermutigt, international für Sofort- und Schutzmaßnahmen gegen die globale Umweltkatastrophe gemeinsam zu kämpfen.

Die MLPD fordert im Sofortprogramm dieses Buches unter anderem: Sofortmaßnahmen zum vollständigen Ausstieg aus fossiler und anderer umweltschädlicher Energiegewinnung! Stilllegung aller Kraftwerke auf Grundlage fossiler Brennstoffe und Atomenergie! Sofortige Umstellung auf den Aus- und Umbau der Erzeugung erneuerbarer Energien!

Das Buch zeigt den Weg auf für die Entwicklung eines gesellschaftsverändernden Umweltkampfes zur Überwindung des Kapitalismus. Und es streitet für die einzige Perspektive der Menschheit – für vereinigte sozialistische Staaten der Welt, in denen die Einheit von Mensch und Natur oberste gesellschaftliche Priorität hat.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Antifaschistisches Bewusstsein erwacht auf breiter Front



Liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Besucher auf dem Marktplatz, herzlich Willkommen zur 758. Bremer Montagsdemo! Auch an diesem Wochenende waren wieder Hunderttausende gegen Faschismus und für ein AfD-Verbot auf der Straße; in Bremen gestern circa 25.000, am Samstag 300.000 in Berlin.

Seit „Correctiv“ aufgedeckt hat, dass es ein Treffen von AfD, „Identitären“, anderen Faschisten und CDU-Mitgliedern gab, auf dem sie die Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland planten, reißen die antifaschistischen Großdemonstrationen nicht ab. Etwa zwei Millionen beteiligten sich in den letzten Wochen. Das ist gut so!

Auch wenn Regierungspolitiker sich teilweise daran beteiligen, ist das noch lange keine Demonstration für die Regierung, im Gegenteil. Es geht auch nicht allein um „Ausländer“ oder „Migration“. Ich zitiere jetzt aus der Rede von Stefan Engel, dem langjährigen Vorsitzenden der MLPD, am 27. Januar:

„Dieses Thema ist nur eine der üblen Methoden der Faschisten, um eine mögliche Massenbasis aufzubauen, Stimmungen zu schüren und massenhafte Abschiebungen vorzubereiten. Eigentlich geht es um die Gesamtheit der demokratischen Rechte und Freiheiten, um eine andere Art und Weise zu regieren. Es wäre eine gefährliche Unterschätzung des Fa-

schismus, wenn wir ihn nur in seiner brutalsten Form des Hitlerfaschismus ansehen. Der Faschismus hat heute viele Gesichter.

Faschismus ist die äußerste Form der Diktatur der Monopole in dieser kapitalistischen Gesellschaft zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, zur Unterdrückung der Demokratie und inzwischen auch zur Unterdrückung des Umweltschutzes und der Umweltschützer.

Die Tendenz zum Faschismus hat einen internationalen Charakter. Es geht schon los mit dem heute obersten Faschisten auf der Welt, Donald Trump. Er versucht inzwischen ein zweites Mal, an die Regierung zu kommen. Wir erleben Putin, auch er ist ein Faschist. Auch Selenskyj ist ein Freund der Faschisten in der Ukraine. Er hat die ukrainischen Faschisten, die Asow-Truppe, in seine Armee aufgenommen, nachdem er ihr Verbot aufgehoben hat.

Wir dürfen nicht übersehen und geringschätzen, wo überall bereits der Faschismus in die Regierung eingezogen ist; auch mitten in der EU – in Ungarn mit Orbán, in Italien mit Meloni. Die Türkei ist ein faschistisches Land. Wir haben neuimperialistische Länder wie Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Iran, die alle mit einem islamistisch verbrämten Faschismus das Volk unterdrücken, kaum demokratische Rechte und Freiheiten zulassen, die Arbeiterbewegung unterdrücken, Gewerkschaften verbieten, Homosexualität unter strenge Strafen stellen und so weiter.

Die weltweite Dimension der Gefahr des Faschismus macht es notwendig, dass sich die Arbeiterbewegung international gegen Faschismus, Krieg und die fortschreitende weltweite Umweltzerstörung zusammenschließt.

Woher kommt diese faschistische Tendenz? Das hat etwas mit der Krise der Neuorganisation der internationalen Produktion zu tun. In den 1990er Jahren haben die Herrschenden in aller Welt gejubelt: ‚Wir privatisieren, wir entstaatlichen alles!‘ Dann haben sie länderübergreifende Investitionen getätigt; das gab zeitweise einen richtigen Schub in ihrer Entwicklung. Im Ergebnis kam es zu einer Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise unter dem Diktat einer kleinen Gruppe von internationalen Monopolen, die die ganze Welt beherrschen.

Dabei sind auch aus einigen Ländern, die bisher zu den neokolonial ausgebeuteten und unterdrückten Ländern gehörten, neuimperialistische Länder entstanden, so zum Beispiel die Türkei oder Indien, China, Südafrika, Brasilien, auch Saudi-Arabien. Diese Länder haben gegenüber den bürgerlich-demokratisch regierten Ländern den Vorteil, dass sie ihre Entscheidungen sehr schnell treffen können. Sie brauchen kein Parlament, denn die Entscheidungen treffen dann irgendein autokratischer oder faschistischer Führer und der enge Kreis der herrschenden Clique per Dekret.

Jetzt ist in Argentinien der Faschist Milei Präsident geworden, der erst einmal das Parlament auflösen und nur noch mit Dekreten regieren will. Über 300 Gesetze der Sozialgesetzgebung und Arbeiterrechte will er sofort außer Kraft setzen. Auch dagegen sind jetzt Millionen auf der Straße.

Wir haben eine Situation der akuten Verschärfung durch die Kriegsgefahr, den Faschismus, und wir haben eine globale Umweltkatastrophe, die sich immer mehr auszudehnen beginnt. In dieser Situation ist es sehr wichtig, dass die Arbeiterbewegung ihre Rolle spielt, dass sie sich zusammenschließt, dass sie parteipolitische Differenzen beiseite schiebt, denn der Faschismus muss führend durch die Arbeiterbewegung bekämpft werden.

Ich begrüße es, wenn in Köln diskutiert wird, in allen Betrieben und darüber hinaus am 21. März 2024 einen viertelstündigen Warnstreik gegen die Gefahr des Faschismus und die AfD durchzuführen. Das sind die richtigen Maßnahmen. Wir dürfen nicht nur demonstrieren, sondern wir müssen die Sache sehr ernst nehmen und höhere Kampfformen entwickeln. Es reicht nicht, nur um ein paar Prozente mehr Lohn zu streiten. Wir müssen entschieden um die demokratischen Rechte und Freiheiten kämpfen.

Ich begrüße diese sprunghafte Entwicklung der antifaschistischen Demonstrationen. Ich bin der festen Überzeugung, wir stehen hier am Anfang einer Entwicklung, in der das antifaschistische Bewusstsein wieder auf breiter Front erwacht und sich entwickelt.

Das antifaschistische Bewusstsein war in der ganzen Nachkriegsgeschichte tief im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung verankert, aber in den letzten Jahren eher verschüttet. Jetzt bricht es wieder hervor, und wir werden die größte antifaschistische Bewegung der Nachkriegsgeschichte erleben. Sie wird noch stärker werden als Anfang der 1990er Jahre, weil sie mit einer seit dem Zweiten Weltkrieg nie da gewesenen Unzufriedenheit mit der Regierung, den bürgerlichen Parteien und des bürgerlichen Parlamentarismus einhergeht.

Damals gab es auch so einen Aufschwung, da waren – allerdings in einem deutlich längeren Zeitraum – 7,5 Millionen Menschen auf der Straße. In der heutigen Situation werden wir noch mehr als damals werden! Diese politische Massenbewegung wird auch allgemein eine positive Auswirkung auf das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse haben. Deshalb ist es unsere Pflicht, mit unserer sozialistischen Überzeugung an dieser Bewegung aktiv teilzunehmen und dabei nicht zuzulassen, dass der antikommunistische bürgerliche Antifaschismus diese Bewegung dominiert.“

Soweit Stefan Engel. Gestern war auch das alljährliche Rätegedenken auf dem Waller Friedhof, wo wir der mutigen Kämpfer für den Sozialismus gedachten, die

bei der Verteidigung der Bremer Räterepublik, des ersten sozialistischen Staates in Bremen, ihr Leben ließen, als sie auf Befehl der SPD-geführten Reichsregierung mithilfe faschistischer Freikorps zusammengeschossen wurden.

Die Lehren daraus sind die Bildung einer proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus, der Sturz des Kapitalismus und der Kampf für den Aufbau des echten Sozialismus – weltweit! „Euer Kampf für den Sozialismus ist uns Verpflichtung“ stand auf der Schleife des Gestecks von MLPD und „Rebell“. Das meine ich auch ganz persönlich so.

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)



An dem gewählten Redeauszug von Stefan gefällt mir, dass er eine Faschismusdefinition bringt und Putin klar als Faschist bezeichnet, sich also nicht mehr nur ein „sicherlich faschistoid“ abringt. Auf der anderen Seite wird Selenskyj hier nicht mehr als „selber Faschist“ abgestempelt, sondern nur noch als „Freund der Faschisten“ kritisiert. Das lese ich als zulässige Polemik, die sich der Gute wohl anhören muss, wenn er es für geboten hält, die Aow-Kämpfer beruflich einzugliedern, um die bürgerliche Gesellschaft zu befrieden, auch

wenn er damit eine Durchsetzung des Staatsapparates mit Faschisten fördert – womöglich nach Vorbild der Bundesrepublik Deutschland, wo der Verfassungsschutz inzwischen seinen früheren Chef beobachten lässt, den Herrn Maaßen, der jetzt mit einer Partieneugründung die rechtsextreme Hetze verstärken will.

Der gewählte Redeauszug hat also nicht mehr das Gleichmacherische bei der Betrachtung der Gegner im Ukrainekrieg, das mich an früheren Aussagen der Marxisten-Leninisten so gestört hat, weil es einer Unterstützung der angegriffenen Seite unmittelbar im Weg steht, obwohl doch das Völkerrecht mit Stalins Unterschrift den Angriffskrieg verbietet. „Faschismus bedeutet Krieg!“, so brachte es Parteigründer Willi Dickhut auf den Punkt, und der Angriff zeigt, auf welcher Seite die menschenfeindliche faschistische Qualität stärker ausgeprägt ist. Rhetorisch geschickt ist es, eine zeitliche Zufälligkeit, das Gedenken an die niedergeschossenen Verteidiger der sozialistischen Bremer Räterepublik, zu nutzen, um der Analyse der doch sehr unerwartet aufgeflamnten Massendemonstrationen gegen Faschismus weitere Tiefe und Wucht zu verleihen. Insgesamt eine starke Rede!

Mitverteidigt, und zwar erfolgreich, haben die Kämpfer für die Räterepublik den Gedanken der Selbstbestimmung, denn er lebt fort in den Rechten, die Bremen heute als Stadtstaat genießt. Die Einstufung der Freikorps der SPD-geführten Reichsregierung als faschistisch ist vermutlich unhistorisch, denn sie entspricht nicht dem zeitgenössischen Sprachgebrauch. Der Begriff Faschismus kam erst

einige Jahre später in Umlauf, nach Mussolinis Parteigründung in Italien. Sinngemäß halte ich diese Einstufung aber sehr wohl für treffend. Schon das deutsche Kaiserreich wies Merkmale auf, die man später als faschistisch bezeichnete, sichtbar im Terror gegen Minderheiten, im Betreiben eines Völkermordes im heutigen Namibia und im Führen eines Angriffskrieges mit weltweiten Auswirkungen und Millionen Toten.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **4. März 2024**
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

„Sehr schöne Schäferhunde“: Vergifteter russischer Oppositionsführer Nawalny stirbt in sibirischer Lagerhaft („*Raw Story*“)

Der Rechtsstaat schlägt zurück: Donald Trump zu 364 Millionen Dollar Schadensersatz wegen Betrug verurteilt („*The Daily Beast*“)

Florida verbietet Lügenpresse: „Aber wenn wir für das wissentliche Verbreiten von Unwahrheiten verklagt werden können, ist das der Tod der rechten Medien“ („*The Daily Beast*“)

Kirche verbietet Mahnwache: Bremer Friedensfreunde müssen drei Meter weiterziehen („*Tageszeitung*“)

Bundestag begnadigt Kriminalkräuter: Bester Aprilscherz seit Kohls Neujahrsansprache vom Vorjahr („*Tagesschau*“)

Kein Recht auf Gemütlichkeit: CDU-ler fordert Bürgerbezahlkarte statt Bürgergeld („*Bild*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

759. Bremer Montagsdemo am 04. 03. 2024

Nur noch Gepolter und Gebrabbel: Donald Trump von allen guten
Geistern verlassen („Salon“)

Das israelische Regime ist zum Genozid an den Palästinensern übergegangen



Diesen Monat jährt sich zum 13. Mal der atomare Super-GAU in Fukushima. Auch wenn die Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sind, bestehen Atomfabriken wie die Brennelementefabrik in Lingen weiter, weil sie für den Bau von Atombomben gebraucht werden. Der Jahrestag von Fukushima hat deshalb auch viel mit der Gefahr eines atomaren Dritten Weltkriegs zu tun!

In der Ukraine sind bereits Hunderttausende, manche Quellen nennen eine halbe Million Menschen gestorben – für die imperialistischen Ziele der Herrschenden in Russland, der Ukraine und der Nato. Es sind nicht die Kinder der Oligarchen oder Kapitalisten, die sterben. Es sind die Arbeiter- und Bauernkinder! Alle Imperialisten sind zur Vorbereitung des Dritten Weltkriegs übergegangen. Macron fordert den Einsatz von Nato- Bodentruppen, da sich Russland sonst nicht besiegen lasse. Das bedeutet aber: Weltkrieg!

In Deutschland fordern vor allem die Grünen, die FDP und die CDU die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern. Damit könnten von der Ukraine aus auch Zeile weit im Inneren Russlands, etwa Moskau, getroffen werden. Scholz zögert noch, weil zur Programmierung (noch) deutsche Soldaten benötigt würden. Aber

dieses System wurde bereits auch an andere Staaten verkauft – deutsche Soldaten gleich mit?

Russland auf der einen Seite, die Nato mit den USA und Europa auf der anderen: Sie liefern das Material, während die Ukraine das Kanonenfutter stellt. Schluss mit dem Krieg! Keine Waffenlieferungen! Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Auch in Palästina geht das Gemetzel weiter. Inzwischen ist es ganz klar, dass das israelische Regime zum Genozid an den Palästinensern übergegangen ist: Es gibt bereits 38.000 Tote, davon über zwei Drittel Frauen und Kinder, Hunderttausende vom Hungertod bedroht! Als am letzten Donnerstag die Menschen in Gaza um Nahrung anstanden, schossen israelische Soldaten in die Menge. Mindestens 122 waren sofort tot, 760 verletzt. Sie hätten sich bedroht gefühlt, sollen die Soldaten ausgesagt haben.

Aber es sind die faschistischen Mitglieder der israelischen Regierung, die ganz offen von der endgültigen Vertreibung der Palästinenser sprechen und schon Pläne machen, wie sie Gaza selbst besiedeln wollen. Das fordert auch den Kampf jedes demokratisch gesinnten Israeli gegen die eigene Regierung heraus: Ein Volk, das andere unterdrückt, kann selbst nicht frei sein!

Für sofortigen Waffenstillstand! Für die Zwei-Staaten-Lösung in Palästina, als Übergangslösung für ein freies, geeintes Palästina/Israel, in dem Religion und ethnische Zugehörigkeit keine Rolle spielen. Das setzt allerdings die Überwindung des kapitalistischen Systems voraus, denn erst im echten Sozialismus wird sich dieses Ideal verwirklichen lassen.

Über vier Millionen Menschen gingen in den letzten Wochen in Deutschland gegen Rassismus, Faschismus und speziell gegen die AfD auf die Straßen. Für das Verbot der AfD! Für den **Tag gegen Rassismus am 21. März 2024** wird in hoffentlich vielen Betrieben ein **15-minütiger Warnstreik** gegen Faschismus, Rassismus und Krieg vorbereitet, nach dem Motto: Den Protest von der Straße in die Betriebe tragen!

Nicht nur der Antifaschismus befindet sich im Aufwind. Positiv ist auch, dass sich der Antikommunismus immer mehr in der Defensive befindet. So waren bei dem gemeinsamen Streik und der Demo von „Fridays For Future“ und „Verdi“ am letzten Freitag wesentlich mehr antikapitalistische Töne zu hören und entsprechende Plakate und Transparente. Der antikommunistische Versuch der Ausgrenzung der MLPD unter dem Vorwand „keine Parteien“ wurde nur noch vereinzelt und zaghaft gewagt und sofort zurückgewiesen. Letztes Jahr wurde ich, wie ihr wisst, von zehn Polizisten aus der Kundgebung gezerrt, weil ich mein MLPD-Plakat „Sozialismus statt Untergang in der globalen Umweltkatastrophe“ trug.

Wie der Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt braucht auch der Kampf gegen die Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs und gegen die Abwälzung der Krisenlasten einen gesellschaftsverändernden Charakter, um etwas bewegen zu können. Ich möchte euch ganz herzlich einladen zur **Lesegruppe** an jedem zweiten **Dienstag** (ungerade Wochen) im „**Roten Atelier**“ im „Kunz“, Sedanstraße 12

(diesen Monat also am 12. und 26.). Zurzeit lesen wir das Buch „Die globale **Umweltkatastrophe** hat begonnen!“.

Bei Daimler Bremen sind mehrere Hundert Entlassungen von Leiharbeitern geplant. Gleichzeitig sollen die Bänder noch schneller laufen: Um eine Sekunde soll die Taktzeit gekürzt werden. All das bei 16 Milliarden Euro Gewinn im letzten Jahr! Wie bei der Lufthansa, dem ÖPNV und der Bahn stehen auch hier die Zeichen auf Streik: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will! Wir von der Montagsdemo stehen solidarisch auf eurer Seite!

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Ein Tsunami, 13 Jahre nach der Katastrophe von Fukushima

Wir gedenken der Opfer und fordern die weltweite Stilllegung aller Atomanlagen! In Fukushima ist die Katastrophe noch längst nicht vorbei: Seit dem 24. August 2023 verklappt Japan radioaktiv verseuchtes Wasser aus der Atomruine im Pazifik. Die geschmolzenen Brennstäbe müssen weiter gekühlt werden, Regen und Grundwasser dringen in die havarierten Reaktoren ein. Die Menge verstrahlten Wassers steigt dadurch immer weiter an. Eine Bergung der Reaktorkerne ist auf Jahrzehnte nicht in Sicht.



In Japan gab es im Januar 2024 ein erneutes Erdbeben mit einem Tsunami, der das Kernkraftwerk Shika beschädigt hat. Shika liegt nur 70 Kilometer Luftlinie von Fukushima entfernt. Es war nach der Katastrophe 2011 abgeschaltet worden, sollte aber demnächst wieder in Betrieb gehen. Das zeigt wieder einmal, wie rücksichtslos die Atomkonzerne ihre Profitinteressen durchsetzen wollen. Dieses Vorhaben ist nach Beschädigung des Kernkraftwerk Shika gestoppt. Auf dem Meer schwamm ein Teppich mit sechs Litern Öl aus dem Transformator von Block 2.

In der EU und weltweit erlebt die gefährliche Atomkraft eine Renaissance. Allein Frankreich will sechs neue Atomanlagen bauen. Auch in Deutschland verbreiten Politiker(innen) von Union, FDP und AfD ihre nuklearen Wahnvorstellungen – ganz so, als hätte es weder die Super-GAUs in Tschernobyl und Fukushima noch die vielen Störfälle und Beinahe-Katastrophen in europäischen Kernkraftwerk je gegeben.

In Deutschland wurde durch eine starke Anti-Kernkraft-Bewegung die Abschaltung (fast) aller Atomanlagen erkämpft. Allerdings hat in Lingen im Emsland der deutsche Atomausstieg nicht stattgefunden: Die dort ansässige Atomfabrik produziert weiter Brennelemente für ausländische Kernkraftwerke. Nun will sie ihre Produktion sogar noch ausbauen. Zusätzlich zu den bisherigen will sie künftig auch Brennelemente für Kernkraftwerke russischer Bauart fertigen – und zwar unter Beteiligung des russischen Staatskonzerns Rosatom. Dagegen entwickelt sich aktiver Widerstand.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Nikki Haley steigt aus US-Vorwahlkampf aus: Aber das ist nicht der Geist von Alamo („Tagesschau“)

Good News, Bad News



Zuerst die gute Nachricht: Mark Benecke hat seine Vortragsreihe zum Klimawandel „Time is up“ mit einem aktuellen Update im März 2024 fortgesetzt. Darin enthalten sind jedoch jede Menge schlechter Nachrichten zur Verschlechterung der Lage.

Zu Beginn seines aktuellen Vortrages sieht er einen Lösungsansatz darin, die ganze Misere nicht auf die „Bad Guys“ aus Kapital und Industrie zu schieben, sondern sich selbst als Konsument an die eigene Nase zu fassen und das eigene Konsumverhalten zu ändern. Ich sehe darin nichts Verkehrtes. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass klimaschädliche Emissionen drastisch sinken,

wenn wir als Konsumenten weniger konsumieren. Jutta Ditfurth hingegen sieht Lösungsansätze vor allem systemkritisch in zu ändernde Produktionsweisen. Ich sehe keinen der Lösungsansätze als falsch an. Individuelles Handeln und Systemkritik sollten Hand in Hand gehen.

Im Krieg Israels gegen die Hamas ist die Lage und hohe Opferzahl der Zivilbevölkerung katastrophal. Vor allem arabische Nachbarstaaten – allen voran das benachbarte Ägypten – sollten Kriegsflüchtlingen Schutz gewähren. Fluchtmöglichkeiten sollten durch die israelischen Streitkräfte gewährleistet werden und die Weltgemeinschaft sich um die Versorgung kümmern, bis die kriegsrische Auseinandersetzung beendet ist. Hier vermisse ich ganz deutlich inten-

sive diplomatische Aktivitäten der EU- Staaten oder ein Einwirken der UN auf Staaten, die auf ihren Territorien Schutz gewähren könnten, damit die Hamas die Zivilbevölkerung nicht mehr kriegsverbrecherisch als Schutzschild nutzen kann.

In diesen Zeiten sollten wir vielleicht Robert Byrons gedenken, jenes erbitterten Gegners der Appeasement-Politik, der ausrief: „Ich werde ‚Kriegstreiber‘ in meinem Pass eintragen lassen“, als er erkannte, was die Nazis vorhatten. Die Besorgnisse vieler Menschen hinsichtlich eines drohenden Weltkriegsszenarios sind für mich verständlich. Die Vermeidung einer Eskalation des Ukraine-Krieges auf weitere Staaten ist wegen der Unberechenbarkeit Putins ein unvorhersehbarer Drahtseilakt.

Die Bundeswehr hat jedoch lediglich für eine Woche Munition. Wenn die Wehrmacht derartig schlecht ausgestattet gewesen wäre, hätte der Zweite Weltkrieg nicht so lange gedauert. Bei all den Interviews, Erklärungen und Statements von Generälen in den Medien haben wir uns ja alle mittlerweile zu Stammtischstrategen qualifiziert. Bei den Schwurbelstrategen in den Netzen scheint die Auslösung eines Schwurbelalarms dringend ratsam.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

„Blutbad“: Trump ist pleite („*The Daily Beast*“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt wegen des Osterfestes erst am **8. April 2024** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz